

Der Brunnerbrief

No. 07/2019 – 05.04.2019



Zu Gast bei „Brot für die Welt“ zum Thema Rüstungsexportkontrolle. Eine interessante und vor allem wichtige Diskussion, denn wir als Waffenlieferant müssen ohne Ausnahme wissen, was mit unseren Waffen passiert.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

Bewährungsstrafen für zwei Ex-Mitarbeiter und die Einziehung des Verkaufserlöses in Höhe von 3,7 Millionen Euro: Mit diesem Urteil endete im Februar das Gerichtsverfahren gegen fünf ehemalige Mitarbeitende des Waffenherstellers Heckler & Koch wegen illegaler Waffenlieferungen nach Mexiko. Hintergrund des Verfahrens waren Exporte von Heckler & Koch in bestimmte mexikanische Bundesstaaten, in die aufgrund vermuteter schwerer Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Militär laut sog. Endverbleibserklärung niemals hätte geliefert werden

dürfen. Tatsächlich „verschwanden“ im September 2014 über drei Dutzend Studierende einer mexikanischen Hochschule spurlos, weitere wurden getötet oder schwer verletzt – zahlreiche Indizien legen nahe, dass dabei G36-Gewehre von Heckler & Koch verwendet wurden. Doch wie können wir in Deutschland schreckliche Vorfälle wie diesen in Zukunft effektiv verhindern? Zusammen mit Wissenschaftlern und Experten sowie Vertretern der deutschen und mexikanischen Zivilgesellschaft durfte ich im Rahmen einer Podiumsdiskussion, organisiert von der Stiftung Brot für die Welt, das aktuelle Gerichtsurteil sowie die dahinter liegende Problematik besprechen. So bin ich der



www.facebook.com/Brunner.SPD

Meinung, dass Rüstungsexporte prinzipiell eine Frage der Sicherheits- und Außenpolitik sind und nicht allein in das Aufgabengebiet des Wirtschaftsministeriums fallen sollten, wie es bislang der Fall ist. Bei Ländern außerhalb der NATO-Gemeinschaft, in denen berechtigte Zweifel an der Achtung elementarer Menschenrechte sowie der generellen Rechtsstaatlichkeit bestehen, müssen Sicherheitsbedenken ganz klar vor wirtschaftlichen Interessen stehen. Deswegen bin ich froh, dass wir als SPD-Bundestagsfraktion erst vor kurzem eine Verlängerung des Rüstungsexportstopps nach Saudi Arabien um weitere sechs Monate durchsetzen konnten. Um dennoch generell die Lieferung von Waffen an die vereinbarten Empfänger in Zukunft sicherstellen zu können, habe ich deutlich gemacht, dass ich mich im Zuge der derzeitigen Überarbeitung veralteter Waffenexport- und Handelsgesetze für die standardmäßige Einführung sog. „Post-Shipment-Kontrollen“ einsetzen werden, welche bislang nur stark vereinzelt durchgeführt wurden. Durch die Überprüfung und Verbleibsbestätigung der richtigen Güter beim vereinbarten Käufer im Ausland durch entsprechend ausgebildete Repräsentanten der BRD können tragische und absolut inakzeptable Folgen wie im Fall Heckler & Koch leicht verhindert werden. Die Diskussion mit den anderen Podiumsteilnehmenden war ebenso wie das anschließende offene Gespräch mit dem Publikum sehr anregend und facettenreich und hat die Dringlichkeit und Bedeutung, aber auch Komplexität der Thematik durch diesen konkreten Fall nochmals allen Beteiligten verdeutlicht.

Keine Zusammenarbeit mit der AfD!

Gestern stand erneut die Wahl einer AfD-Abgeordneten in das Präsidium des Deutschen Bundestages auf der Tagesordnung. Ja, laut Geschäftsordnung des Bundestages soll jede Fraktion in diesem Gremium vertreten sein. Und ja, auch ich habe zu Beginn der Legislaturperiode gesagt, man müsse verhindern, dass sich die AfD in ihrer Opferrolle inszeniert. Der damalige Kandidat der AfD, Albrecht Glaser, fiel deshalb durch, weil er offen rechtsextreme Positionen vertritt. Präsentiert einen moderaten Kandidaten und wir wählen ihn oder sie in das Amt, sagten wir damals. Nun hat die AfD eine vermeintlich „moderate“ Kandidatin, Mariana Harder-Kühnel, aufgestellt.

Dennoch habe ich gestern gegen die Kandidatin votiert. Weshalb? Inzwischen sitzt die AfD seit anderthalb Jahren im Bundestag. In den Ausschüssen, im Plenum, bei Veranstaltungen und auch auf den Fluren des Parlaments sind wir – damit meine ich alle demokratischen Parteien links der AfD – permanent mit Gauland, Weidel & Co. konfrontiert. Der Ton im Parlament ist deutlich rauer geworden; Stück für Stück werden die Grenzen des Sagbaren nach rechts verschoben – was man heute der AfD durchgehen lässt, wäre vor fünf Jahren sicherlich noch unmöglich gewesen.

In zahllosen Plenarreden, Kommentaren und sonstigen Beiträgen haben Vertreter der AfD deutlich gemacht, dass sie *nicht* auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik eben *nicht* für schützens- oder unterstützenswert halten. An diesem Gesamtbild ändert sich auch nichts,



wenn einzelne Abgeordnete vorgeben etwas moderatere Positionen zu vertreten. In Polen oder Ungarn können wir live mitverfolgen, wie das politische und rechtliche System eines Landes ins Schlingern gerät, wenn solche Parteien an die Macht kommen.

Manch einem mögen die Vergleiche zur NS-Zeit inzwischen zum Hals raushängen, und dennoch: Auch Hitler ist 1933 formal korrekt ins Amt des Reichskanzlers gewählt worden und Herman Göring zum Reichstagspräsidenten. Diesen Weg werde ich nicht beschreiten! Deshalb habe ich mit Nein gestimmt.

“Neue“ Mitarbeiterin: Katharina Schrader

"Hallo, ich bin die Neue" ist nicht ganz zutreffend, da ich von Beginn an zum "Team Brunner" gehöre. Aber ich bin die Nachfolgerin von Patrick Steiner-Hirth im Wahlkreisbüro Neu-Ulm und damit in Zukunft nicht mehr alleine für die Berlinfahrten zuständig, sondern für alle Themen, die im Wahlkreis, im Allgäu, in der Region anfallen. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Euch und nutze gerne die Gelegenheit, mich kurz vorzustellen: Katharina Schrader, 38 Jahre jung, seit vielen Jahren in der SPD aktiv und derzeit Stadträtin, Fraktionsvorsitzende und SPD-Kreisvorsitzende in Kempten, wo ich mit meiner Familie lebe. In Neu-

Ulm bin ich Montag - Freitag unter der bekannten Telefonnummer 0731-725 42 69 sowie per Email an karl-heinz.brunner.ma03@bundestag.de erreichbar. Herzliche Grüße, Katharina

Nuxit

Am Dienstag wurden dem Innenausschuss des Bayerischen Landtages die Unterschriften der Bürgerpetition gegen den Nuxit überreicht. Gut so!

10.000 Unterschriften waren erforderlich und dieses Quorum wurde locker erreicht. Das positivste an der ganzen Geschichte ist doch, dass Menschen sich aktiv für ihre Region engagieren und für ihre Interessen politisch streiten.

Millitärrabbiner in der Bundeswehr

Ich habe mich gefreut, dass der Zentralrat der Juden in Deutschland das Thema Juden im Militär so aktiv angeht.

Dabei soll sich das Aufgabenfeld der Seelsorger nicht nur auf theologische Fragen beschränken, sondern sie sollen sich auch gegen Rassismus und Antisemitismus stellen und so zur Demokratieerziehung und zur Stärkung der „Inneren Führung“ beitragen.

Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Du kannst mich per E-Mail unter karl-heinz.brunner@bundestag.de oder per Post unter der Adresse

Karl-Heinz Brunner MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin



www.facebook.com/Brunner.SPD

